

Stellungnahme des Beirats zum Sachsen-Monitor 2017

Die zweite Erhebung des Sachsen-Monitors zu Einstellungen im Blick auf Demokratie, Gesellschaft und menschenfeindliche Haltungen in Sachsen ermöglicht einen Vergleich zu den Ergebnissen von 2016.

Dies sind die zentralen Erkenntnisse:

- Die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Institutionen sind deutlich gestiegen. Die Bedrohung durch anti-demokratische Bewegungen scheint die positive Identifikation mit der politischen Ordnung in der Mitte der Gesellschaft eher zu stärken.
- Dennoch ist die Kritik an einzelnen Aspekten der Demokratie, an der Politik und den Parteien weiter enorm hoch. Insgesamt scheint die Politisierung durch die Flüchtlingssituation leicht zurückgegangen zu sein.
- Die Zustimmung zu extrem rechtem, gruppenbezogen menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut ist trotz eines leichten Rückgangs gegenüber 2016 weiterhin sehr hoch. Die Daten bestätigen: Sachsen hat ein Problem mit rechtsextremem Denken.
- Die Zustimmung zu besonders harten Aussagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extrem rechten Denkens ist stabil geblieben.
- Die Daten zur Nachwendegeneration der 18 bis 29-Jährigen geben Rätsel auf: Die Befragungsergebnisse dieser Altersgruppe haben sich dem Niveau der sächsischen Durchschnittsbevölkerung angeglichen. Doch auf den zweiten Blick zeigt sich auch, dass als Antwort auf Aussagen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Angabe „weiß nicht“ massiv zugenommen hat.
- Die Daten zeigen sehr deutlich, dass die Ablehnung von Minderheiten in wesentlichen Teilen eine Projektion darstellt, und dass sie in hohem Maße mit dem Gefühl der Benachteiligung und der (sozio-ökonomischen) Ungerechtigkeit verbunden ist.
- In einigen sozialen Gruppen wie in der unteren Mittelschicht oder bei den Arbeitern ist die Vision eines Aufstiegs und des Gefühls von Chancengleichheit deutlich geschwunden bzw. schwach ausgeprägt. Die Angst vor Altersarmut ist signifikant gestiegen.
- Bei Menschen mit niedrigeren oder keinen Schulabschlüssen besteht in hohem Maße das Gefühl, keine angemessene Anerkennung für die eigenen Leistungen zu erhalten.
- Die Ergebnisse zeigen, dass sich unter den Befragten die Kluft zwischen „Zufriedenheit“ und „Sorgen“ vertieft hat, insbesondere in der unteren Mittelschicht.
- Die These, dass Ungerechtigkeiten und Kränkungen der Nachwendezeit und einer als unvollständig wahrgenommenen Einheit ein Grund für die besondere Lage in Sachsen sind, wird anhand der Ergebnisse des Sachsen-Monitors deutlich unterstützt.

Konsequenzen, Empfehlungen und Hinweise des Beirats

- a) Der Beirat fordert weiterhin die qualitative und quantitative Verbesserung der politischen Bildung in Sachsen unter anderem in Regelstrukturen wie der Schule, und zwar in allen Schultypen. Insbesondere soll eine demokratische Streitkultur etabliert werden.
- b) Der Beirat fordert die Landespolitik auf, soziale Desintegrationsprozesse aufzudecken und zu diskutieren, um dann geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass in der Bevölkerung das Bedürfnis besteht, soziale Ungleichheiten abzubauen und Zukunftschancen für alle zu ermöglichen. Ebenso ist zu fragen, wie die Durchsetzung der Rechte Einzelner unterstützt werden kann. Die Glaubwürdigkeit der demokratischen Ordnung zeigt sich an diesen Themen. Hierzu werden weiterführende Untersuchungen notwendig sein.
- c) Der Beirat ist weiterhin der Auffassung, dass das Phänomen Rechtsextremismus in Sachsen ein großes Problem darstellt. Insofern müssen bisherige Maßnahmen kritisch analysiert werden.
- d) Der Beirat empfiehlt, in Schulen und in Organisationen des vorpolitischen Raums die Bereitschaft zu fördern, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen und sich der Diskussion zu stellen, um „Blasen“ und „Echoräume“ aufzubrechen. Einübung von demokratischem Verhalten, das Aushalten anderer Meinungen sowie eine gewaltfreie öffentliche Sphäre (inklusive Cyberspace) sollten unterstützt werden.
- e) Der Beirat empfiehlt, die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Verwaltung und Gerichten stärker in den Blick zu nehmen.
- f) Der Beirat regt an, über intergenerationelle Projekte nachzudenken, um die Auseinandersetzung in Gesellschaft und Familien mit der DDR neu zu beleben. Die These, dass Ungerechtigkeiten und Kränkungen der Nachwendezeit und der als unvollständig empfundenen Einheit ein Grund für die besondere Lage in Sachsen sind, wird anhand der Ergebnisse deutlich unterstützt.
- g) Der Beirat sieht es als wichtig an, vertiefte wissenschaftliche Analysen der Rohdaten des Sachsen-Monitors anzustoßen.
- h) Der Beirat empfiehlt, das Sample der Umfrage zu vergrößern, um Veränderungen in den Einstellungen sinnvoll erfassen zu können und die Repräsentativität nicht nur bezüglich Geschlecht und Alter zu gewährleisten, sondern auch bezüglich der Lebenslagen.

Zu den Ergebnissen des Sachsen-Monitors 2017.

Vom Beirat wurden folgende Erkenntnisse besonders hervorgehoben:

(Weil innerhalb der repräsentativen Daten eine Fehlertoleranz von -/+3 Prozentpunkten besteht, werden nur Veränderungen hervorgehoben, welche außerhalb dieser Fehlertoleranz liegen.)

a) Die Zustimmung zu extrem rechtem, gruppenbezogen menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut ist trotz leichten Rückgangs weiter alarmierend.

Einen Forschungsschwerpunkt des Sachsen-Monitors bildet die Messung menschenfeindlicher Einstellungen und Ressentiments in Anlehnung an das Forschungskonzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“.

Sachsen zeigt sich weiterhin als gespaltenes Land. Der Vergleich der Zahlen von 2016 und 2017 zeigt, dass die Zustimmung zu extrem rechtem Denken und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei vielen Einzelfragen leicht zurückgegangen ist, zu meist jedoch innerhalb der Fehlertoleranz von +/- 3 Prozentpunkten. Wie 2016 zeigt zwar die Mehrheit der Bevölkerung insgesamt keine harten gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen. **In einzelnen Fragesegmenten sind die Antworten jedoch weiter beunruhigend hoch:**

40 Prozent haben hohe und mittlere gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen.

11 Prozent weisen einen hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf.

15 Prozent (-3) der Sachsen sagen, die Deutschen seien „anderen Völkern von Natur aus überlegen“. Genau so viele stimmen der Aussage voll zu, die Bundesrepublik sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet (ebenfalls -3). Die Zahlen sind dabei im ländlichen Raum, aber auch in mittelgroßen Städten besonders stark.

Auffällig sind Ressentiments gegenüber Muslimen:

62 Prozent (-7) sagen, hier lebende Muslime akzeptieren unsere Werte nicht.

38 Prozent (-1) sagen, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Deutlich wird an dieser Stelle: Die Zustimmung zum „weicheren“ Ressentiment gegenüber Muslimen sinkt mit minus 7 Prozentpunkten deutlich, die „harte“ Aussage bleibt faktisch gleich. Ähnliches zeigt sich bei den Fragen zum Antisemitismus: Während die Zustimmung zur „harten“ Aussage gegenüber Juden („Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“) zwar leicht (-3) aber innerhalb der Fehlertoleranz zurückging, ging die Zustimmung zur „weichen“ Aussage („Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“) stark um 8 Prozentpunkte zurück.

Betrachtet man nur die besonders harten bzw. weitgehenden Ressentiments, so zeigt sich, dass der harte rechte Kern eher stabil hoch bleibt. So ist die Zustimmung zur Aussage, die Verbrechen des Nationalsozialismus würden in der Geschichtsschreibung übertrieben, zwar signifikant zurückgegangen (14 Prozent; 2016: 18 Prozent), dennoch ist die Zahl weiterhin sehr hoch. Zudem hat in der Altersgruppe der 18 bis 29-Jährigen die Antwort „weiß nicht“ in Bezug auf diese Aussage deutlich zugenommen.

Die Zustimmung zu der Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ **ist um 9 Prozentpunkte stark gestiegen** – wobei hier auch die Interpretation **möglich ist, dass damit die Gegenwehr gegen Trump oder Erdogan** gemeint sein kann – also eher die Gegenwehr gegen nationalistische Bestrebungen im Ausland.

Auch **homophobe Aussagen** („eine sexuelle Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich“) sind signifikant (+4) gestiegen.

Weiterhin stimmen 56 Prozent (-2) der Sachsen der Aussage eher oder voll zu, Deutschland sei in einem gefährlichen Maß überfremdet, und dass, obwohl, wie 2016, nur eine klare Minderheit von 15 Prozent (-2) sagt, ihre „persönliche Wohnung“ sei überfremdet.

Dabei sticht eine Zahl heraus: Unter jenen, die sich der „Unterschicht“ zuordnen, stimmen dieser Aussage 37 Prozent zu – mehr als die Befragten mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Mit 41 Prozent geben aus der Gruppe der „Unterschicht“ auch überproportional viele an, häufig oder manchmal Kontakte mit „Ausländern“ in der Nachbarschaft zu haben (insgesamt: 30 Prozent). **Hier scheint sich niederzuschlagen, dass in vielen Städten Geflüchtete in Stadtteilen mit ohnehin schon großen sozio-ökonomischen Problemen untergebracht wurden.**

Mit einer **neuen Frage** wurde im Sachsen-Monitor abgefragt, **welchen Kontakt die Befragten mit ausländischen Mitbürgern haben**: Nur 17 Prozent der Sachsen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben häufig oder manchmal Kontakt zu Ausländern am Arbeitsplatz, nur 9 bzw. 8 Prozent im Freundeskreis oder in der Familie. **Die Zahlen belegen deutlich, dass Befragte, die mehr Kontakte zu Ausländern haben, weniger menschenfeindlich eingestellt sind.**

Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass bei manchen die mediale Berichterstattung, vorhandene Vorurteile und Unwissenheit zusammenspielen. Hier zeigt sich, dass Minderheiten als Projektionsfläche genutzt werden können.

Es bleibt dabei, dass der Bildungsgrad eine wesentliche Rolle in Bezug auf die Einstellungen spielt. Sachsen mit Hauptschul- und ohne Abschluss stimmen mit 75 Prozent (-1), davon „eher“ 45 und „voll“ 30 Prozent, der Aussage zu, „die Bundesrepublik ist durch Ausländer im besonderem Maße überfremdet“. Bei den Sachsen mit Realschulabschluss sind es 64 Prozent (-2), mit Abitur 36 Prozent (-1) und mit Hochschulabschluss 30 Prozent (-3). **Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit finden sich gleichwohl in allen sozialen Schichten der Bevölkerung.**

b) Ungerechtigkeits- und Benachteiligungsgefühle stärken deutlich die Artikulation von Ressentiments

Die dargestellten Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hängen stark mit dem Gefühl zusammen, **dass es ungerecht zugeht**. Die Sachsen mit wenig gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen haben nur zu 18 Prozent Abstiegsorgen, bei Befragten mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen nennen solche Sorgen 38 Prozent (in Bezug auf die eigenen Kinder 46 Prozent). **79 Prozent (+3) dieser Gruppe sagen auch, dass sich Langzeitarbeitslose auf Kosten anderer ein schönes Leben machen; es scheint sich also nicht nur um ein Problem mit „Fremden“ zu handeln.**

Über zwei Drittel der Gruppe mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen empfinden Deutschland als eher oder sehr ungerecht; im sächsischen Durchschnitt sagt dies die Hälfte (48 Prozent).

In den Sachsen-Monitor 2017 neu aufgenommene Fragen zeigen zudem, dass die Einstellungen mit einem Gefühl der Benachteiligung („Deprivation“) zusammenhängen. Bei diesem Fragenkomplex ergab sich folgender Befund:

- „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben“, glauben **49 Prozent der Sachsen, einen „gerechten Anteil“** oder mehr als ihren gerechten Anteil zu erhalten.
- Unter den Sachsen **mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen glauben dies nur 27 Prozent** und damit 22 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt und sogar 30 weniger als die Sachsen mit wenigen Ressentiments.
- Auch bei den Sachsen **mit einem niedrigen Grad der Demokratiezufriedenheit** ist das Gefühl, einen gerechten Anteil zu bekommen, **um 20 Prozentpunkte schwächer.**

Interessanterweise ist die Einschätzung, dass es den Sachsen im Vergleich zu den hier lebenden Ausländern eher oder viel schlechter gehen würde, bei Sachsen mit Hauptschul- bzw. ohne Abschluss deutlich um 9 Prozentpunkte zurückgegangen. **Das Gefühl, die Ausländer würden bevorteilt, scheint kleiner geworden zu sein.** Selbst bei Sachsen mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen glauben nur noch 30 Prozent (-20!), dass es den in Sachsen lebenden Ausländern besser geht als den Deutschen.

Es scheint stärker ein allgemeines Gefühl bestimmter Gruppen zu sein, selbst für ihre Leistung zu wenig Anerkennung zu bekommen – Geflüchtete scheinen derart eine Projektionsfläche zu sein. Dies zeigt sich auch an den **Ergebnissen zur neu gestellten Frage, „Sollte lieber mehr Geld für die deutsche Einheit als für die Integration von Ausländern ausgegeben werden?“**: 71 Prozent der Sachsen mit Hauptschul- bzw. ohne Abschluss, 68 Prozent mit Realschulabschluss stimmen dieser Aussage voll oder eher zu, aber nur 39 Prozent der Sachsen mit Hochschulabschluss. **Insgesamt liegt**

die Zustimmung zur Aussage, es „sollte lieber mehr Geld für die deutsche Einheit als für die Integration von Ausländern ausgegeben werden“, bei 58 Prozent.

70 Prozent aller Sachsen mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen sagen, „die Ostdeutschen seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse“. Insgesamt stimmen dieser Aussage immerhin 44 Prozent zu, bei Sachsen mit niedrigen gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen sind es nur 30 Prozent.

Der Grad an gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen hängt zudem stark **von Zukunftsängsten ab**. Auch wenn Sachsen mit Hauptschulabschluss, ohne Abschluss oder mit Realschulabschluss die Zukunft Sachsens bzw. der wirtschaftlichen Lage des Freistaats und sogar ihre eigene wirtschaftliche Situation ähnlich positiv bewerten wie Menschen mit formal höheren Bildungsabschlüssen, machen sie sich eher große oder sehr große Sorgen, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird als heute.

c) Das Vertrauen gegenüber „der“ Politik und der demokratischen Ordnung ist deutlich gestiegen – das Misstrauen ist aber weiter hoch.

Die Erhebung zeigt fast überall eine allgemein stärkere positive Zuwendung zur Demokratie und den Institutionen. 92 Prozent der Sachsen (+9) halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Ebenfalls 9 Prozentpunkte mehr sind sehr zufrieden oder eher zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert (60 Prozent). Und auch in Bezug auf die Praxis der Demokratie in Sachsen ist die Zufriedenheit gestiegen (+7).

In ähnlicher Weise ist die Zustimmung zu politischen Institutionen gestiegen, vor allem gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung (jeweils +7), vor allem aber zu den europäischen Institutionen (+9). Gerade letzteres stärkt die Vermutung, dass die **Bedrohung durch anti-demokratische Bewegungen die Unterstützung für demokratische Institutionen in der Mitte eher zu stärken scheint. Auch könnte es eine Reaktion darauf sein, dass die Politik teilweise auf Kritik reagiert hat.** Deutlich mehr Befragte (+ 6) sagten, die meisten Politiker bemühen sich um einen engeren Kontakt zur Bevölkerung. Doch letztlich stimmen der Aussage „voll“ oder „eher“ weiter nur 28 Prozent zu.

Im Sachsen-Monitor 2017 wurde mit neuen Fragen der **Grad an Demokratiezufriedenheit in Sachsen** gemessen. Auf die Frage, welche Aspekte der Demokratie in Deutschland in welchem Grad umgesetzt sind, kritisieren die Sachsen vor allem fünf Bereiche:

- **Immerhin 46 Prozent meinen, das Ziel, dass „Gerichte jeden gleich behandeln“, sei eher nicht oder gar nicht umgesetzt.**
- **Zudem sehen die Bürger hohe Defizite bei der Responsivität der Repräsentanten.** So glauben nur 27 Prozent, dass die Regierungen den Bürgern erklären, was sie tun – ein massiver Wert.

- Die Sachsen sehen **große Defizite bei der Bürgerbeteiligung**.
- **Eher positiv sehen die Befragten die Durchsetzung der liberalen Bürgerrechte:** 87 Prozent sehen den Aspekt „freie und faire Wahlen“ eher oder voll umgesetzt, 75 Prozent sagen, die Opposition sei frei, die Regierung zu kritisieren – allerdings stimmt dem ein Viertel der Bevölkerung eben auch nicht zu. Insgesamt sehen 62 Prozent Rechte von Minderheiten eher (49 Prozent) bzw. voll (13 Prozent) umgesetzt.
- **Besonders kritisch wird jedoch der Aspekt der Demokratie betrachtet, soziale Ungleichheit abzubauen.** Über 90 Prozent der Befragten wünschen dies, aber nur 20 Prozent sagen, dass dieses Ziel eher oder voll umgesetzt sei.

Es wird deutlich, dass die Sachsen in einem hohen Maß Demokratie und Soziale Marktwirtschaft zusammendenken. **Offenbar erscheinen vielen Befragten die „klassischen“ Elemente der liberalen Demokratiekonzeption (freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung etc.) nicht ausreichend, um den Ansprüchen an ein demokratisches politisches System zu genügen.**

Es überwiegen, trotz deutlich verbesserter Werte, weiterhin pauschale Vorurteile gegenüber der Politik. Das Image der Politiker ist weiter schlecht. Wenige geben an, sich um Ämter und Mandate bewerben oder in politischen Parteien mitarbeiten zu wollen. Gleichzeitig finden es 80 Prozent der Befragten wichtig oder sehr wichtig, in demokratischen Parteien mitzuarbeiten.

Die ohnehin schon starken autoritären Denkmuster haben sogar noch zugenommen: So wird Aussagen wie „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“, „Verbrechen sollten härter bestraft werden“ (jeweils +6) und „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“ (+10) signifikant stärker zugestimmt. **Dabei ist es wichtig zu betonen, dass sich autoritäre Denkmuster aus dem Zusammenspiel dieser Aussagen** ergeben, d.h. nicht schon aus der Zustimmung zu einer einzelnen Aussage. Zudem fand die Umfrage im **Zeitraum nach dem G-20-Gipfel** in Hamburg und den damals massiven Ausschreitungen statt, die besonders den Anstieg der Zustimmung zur Aussage erklären „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.“ Auch die 24 Prozent Befürworter von Demonstrationsverboten können sowohl mit der Ablehnung von Pegida- wie Hamburg-Demonstrationen zu tun haben, insbesondere, wenn man dazu betrachtet, dass 95 Prozent sich für freie Meinungsäußerung aussprechen.

Dennoch ist die Zustimmung zu autoritären Aussagen besorgniserregend: Der sehr harten Aussage „Was Deutschland jetzt braucht ist eine *einzig* starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, stimmen 41 eher (25 Prozent) oder voll (16 Prozent) zu! Im Vergleich zu den Daten von 2016 scheint die Zustimmung auf den ersten Blick zwar radikal zurückgegangen zu sein, **aber hier ist es wichtig zu betonen, dass im letzten Monitor die Frage anders, allgemeiner gestellt wurde: 2016 wurde nach „einer“ und nicht einer „einzig“ starken Partei gefragt.**

Auffallend ist, dass viele Befragte in den neuen Bundesländern - und besonders auch in Sachsen - bezüglich ihrer Aussagen über Staat, Politik und fremdenfeindliche Einstellungen **zu autoritären Mustern neigen, die auch in unseren östlichen Nachbarstaaten in hohem Maß zu finden sind.**¹ Viele in den ostdeutschen Ländern scheinen auch 27 Jahre nach Herstellung der Einheit das zentrale demokratische Element des Pluralismus nicht als wichtigen Wert anzuerkennen – was wiederum *auch* einen Teil des Erfolgs populistischer Argumentationen erklären kann: Anti-Pluralismus ist ein zentraler Teil populistischer Strategie.²

Der Beirat sieht es als bedenklich an, dass eine erhebliche soziale Spaltung bezüglich der politischen Partizipation und Bürgerbeteiligung in Sachsen besteht. Der Sachsen-Monitor bestätigt hier andere Studien.³

Bei der Angabe von Gründen, warum man nicht an Bürgerbeteiligung partizipiere, ist die Zustimmung zur Aussage „kein Interesse an Politik“ massiv gestiegen.

Eines der eindeutigsten Ergebnisse des ganzen Monitors findet sich bei der Frage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“: 86 Prozent der Sachsen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss sowie 73 Prozent derer mit Realschulabschluss stimmen dieser Aussage voll oder eher zu.

Sachsen mit höherer Bildung sind hier weit selbstbewusster, wenngleich immer noch überwiegend (über 50 Prozent) kritisch. Sachsen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stimmen der Aussage sogar zu 89 Prozent zu.

Der Wunsch der Sachsen nach mehr Beteiligung, vor allem in Städten und Kommunen (73 Prozent), aber auch auf Landesebene (65 Prozent) und deutschlandweit (63 Prozent), ist daher – wenig überraschend – gleichbleibend vorhanden.

d) Bewertung der Veränderungen durch Wiedervereinigung und Transformation

Aufgrund der Ergebnisse von 2016 wurden im Sachsen-Monitor 2017 mehr Fragen zu diesem Komplex gestellt. **Dabei ist die Zustimmung zur Aussage „Nach der Wiedervereinigung wurde vielfach neues Unrecht geschaffen“ seit der letzten Umfrage von 47 Prozent auf 58 Prozent und damit um fast 11 Prozent gestiegen.** Bei der Altersgruppe der 60 bis 69-Jährigen sind es sogar 69 Prozent, die dieser Aussage zustimmen.

¹ Vgl. Oliver Rathkolb / Günther Ogris (Hrsg.): *Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*, Innsbruck/Wien/Bozen 2010. 73% der 15-24 jährigen Polen (Slowaken: 75%) lehnen die Aufnahme von Migranten und Flüchtlinge ab und sehen sie als Bedrohung der Sicherheit (60%, Slowakei: 68%). Eine negative Einschätzung der Juden haben 28% der Polen (Slowaken: 29%). Junge Slowaken halten zu 24% Demokratie für das beste mögliche Regierungssystem (Polen 43%, Ungarn 51 %). Vgl. *Exit, voice or loyalty. Young people on Europe and Democracy*, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2017. Für die allgemeine Bevölkerung vgl. auch die Umfragen des Pew Research Center. <http://www.pewresearch.org>.

² Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?* Frankfurt 2016.

³ Armin Schäfer u.a., *Prekäre Wahlen Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2013.

Während im letzten Jahr vor allem Sachsen mit hohem Grad (69 Prozent) und mit mittlerem Grad (54 Prozent) an gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen dieser Aussage zustimmten, sagten dies Bürgerinnen und Bürger mit niedriger GMF nur halb so oft (36 Prozent). **2017 stimmten nun 52 Prozent aus dieser letzteren Gruppe der Aussage zu. Das heißt, die Aussage hat nun eine breitere gesellschaftliche Zustimmung erhalten.**

75 Prozent der Menschen mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen sagen, „die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer werden zu wenig gewürdigt“. Aber es sagen auch 52 Prozent der Gruppe mit einem niedrigen Grad solcher Einstellungen. **Insgesamt teilen die Aussage 61 Prozent der Sachsen.**

Sachsen mit sehr vielen Ressentiments sehen sich auch besonders **häufig in Deutschland als „Bürger zweiter Klasse“.** Insgesamt glauben dies 44 Prozent, immerhin auch 31 Prozent der Nachwendegeneration der 18 bis 29-Jährigen.

Interessanterweise sehen in der Erhebung dieses Jahres nur noch 20 Prozent dieser Gruppe und damit sehr viel weniger als 2016 (51 Prozent) mehr persönliche Nach- als Vorteile in der Wiedervereinigung. **Die Debatte scheint sich zu differenzieren: Nicht mehr die DDR ist die Projektionsfläche, sondern die Nachwendezeit.**

Weiter meinen 51 Prozent, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, und 24 Prozent der 18 bis 29-Jährigen sehen sich nicht in der Lage, auf diese Frage zu antworten.

e) Hohe Lebenszufriedenheit, Zukunftssorgen und soziale Spaltung

Schon 2016 war die Diskrepanz zwischen der hohen Lebenszufriedenheit einerseits und der Beschreibung von Zukunftsängsten und Ungerechtigkeiten andererseits besonders auffallend. **2017 hat sich diese Kluft weiter vertieft.**

Es wird deutlich, dass es nicht allein um die soziale Lage an sich geht, sondern um gefühlte und echte Ungerechtigkeiten im Verhältnis zu anderen oder zur eigenen Leistung – und, dass solche gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen und die Projektion von Ängsten auf Minderheiten deutlich befördern:

„Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben“, glauben 49 Prozent der Sachsen, einen „gerechten Anteil“ (42 Prozent) oder mehr als ihren gerechten Anteil (7 Prozent) zu erhalten. „Etwas weniger“ sagen aber 37 Prozent, 11 sagen „sehr viel weniger“. **Sachsen ist also bei der Frage, ob man einen gerechten Anteil im Vergleich zu anderen bekommt, in der Mitte gespalten.** Hier gibt es allerdings massive Unterschiede.

- **Während Rentner im Alter über 70 Jahren** – in Ostdeutschland bislang mit eher guten Renten – sowie **Abiturienten und Hochschulabsolventen fast zu 63 Prozent sagen, sie bekommen den gerechten Anteil oder sogar mehr,**

- **stimmt dieser Aussage die aktuell arbeitende Bevölkerung in allen Altersstufen weit weniger zu**, und hier besonders Arbeitslose (20 Prozent) und Arbeiter: **Von Letzteren sagen nur 22 Prozent, sie bekommen einen „gerechten Anteil“ (20 Prozent) oder mehr (2 Prozent).**

Und auch Befragte mit Realschul-, Hauptschul- bzw. ohne Abschluss **sagen überproportional, sie bekommen keinen gerechten Anteil.** Dies setzt sich bei anderen Fragen fort:

- Deutlich mehr Sachsen **mit Realschulabschluss (-8) und mit Hauptschulabschluss/ohne Abschluss (-4)** sehen geringere soziale Aufstiegschancen als noch 2016 (insgesamt: -5).
- In der **unteren Mittelschicht sagen 37 Prozent, und damit 10 Prozent weniger als 2016**, dass die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen, sehr gut oder gut sind.
- 62 Prozent der Arbeiter sagen, die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen seien eher oder sehr schlecht.

Es scheint in **manchen sozio-ökonomischen Schichten der Bevölkerung keine Aufstiegsvision und kein Gefühl von Chancengleichheit** zu geben.

Bei der Frage, ob es in Deutschland alles in allem eher ungerecht (47 Prozent) oder gerecht (48 Prozent) zugeht, sehen vor allem Sachsen mit Realschulabschluss Ungerechtigkeiten. Interessanterweise stimmen Sachsen mit Hauptschulabschluss und ohne Abschluss (+7) der Aussage zu, Deutschland sei alles in allem gerechter. Hier könnte die Einführung des Mindestlohns seine Wirkung gezeigt haben. Hingegen ist die **Zahl der Sachsen, die sich Sorgen vor Altersarmut macht, gestiegen (+4).**

Insgesamt hat sich die Problemwahrnehmung in Sachsen leicht verändert: Bildung hat wohl aufgrund des Lehrermangels in der Problemwahrnehmung der Sachsen an Bedeutung gewonnen (+3), die Thematik Flüchtlinge (-2) hingegen leicht abgenommen.

In Bezug auf die Zukunft Sachsens sind die Befragten deutlich optimistischer (+6). Es bleibt zwar dabei, dass die Befragten, die sich der **Unterschicht und der unteren Mittelschicht zuordnen, deutlich weniger optimistisch** sind als andere Befragte. Genau so sind **Menschen mit sehr vielen Ressentiments generell sehr viel pessimistischer – aber selbst diese sind 2017 im Schnitt optimistischer als noch ein Jahr zuvor.**

Die eigene wirtschaftliche Situation wird gleichbleibend (77 Prozent), die wirtschaftliche Lage Sachsens deutlich positiver gesehen (78 Prozent, +5). Auch bei konkreten Lebensumständen ist die überwiegende Mehrheit sehr oder eher zufrieden mit ihrer Wohnsituation, dem Ausmaß an Freizeit und ihrer Gesundheit und selbst auch der Sicherheit in der direkten Wohnumgebung. **Es sind hingegen weiter 33 Prozent der Sachsen mit ihrer finanziellen Situation unzufrieden.**

Die meisten Sachsen machen sich **kaum Sorgen um ihren Arbeitsplatz**, wenngleich **hier die Ängste deutlich um 10 Prozentpunkte gestiegen sind**. Es ist möglich, dass **hier die Debatte um Digitalisierung eine Rolle spielt**.

Weiter glauben **zwei Drittel, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird, drei Viertel der Sachsen** befürchten, dass **der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht und vier Fünftel sorgen sich, dass Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen**.

f) Generation der jungen Erwachsenen weiter auffällig - aber anders als 2016

Im Sachsen-Monitor 2016 war die **Gruppe der 18 bis 29-Jährigen besonders auffällig**: Ein Teil dieser Altersgruppe war besonders gruppenbezogen menschenfeindlich und hat rechtsradikale Einstellungen aufgewiesen, während sich ein anderer Teil besonders weltoffen darstellte.

Diese massiven Unterschiede zu anderen Altersgruppen sind in der neuen Erhebung 2017 nicht mehr zu finden. Es ist allerdings auffällig, dass die „Ich weiß nicht“-Antworten in dieser Altersgruppe massiv gestiegen sind. Der Aussage, „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, stimmten 2016 26 Prozent dieser Altersklasse voll oder eher zu, 6 Prozent sagten „Ich weiß nicht“. Ein Jahr später ein gegenteiliges Bild: 2017 stimmten nur noch 6 Prozent der Aussage zu – aber 16 Prozent antworteten „Ich weiß nicht“. Auf die Aussage „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“, antworteten sogar 13 Prozentpunkte mehr „weiß nicht“, während die Zustimmung zur Aussage um den gleichen Prozentsatz sank.

Offen bleibt dennoch, wie diese Unterschiede zu erklären sind, ob sich wirklich etwas an der Aussage der Nachwendegeneration geändert hat, oder ob es sich um statistische Ungenauigkeiten handelt.

17 Prozent der 18 bis 29-Jährigen, und damit drei Prozent mehr als der Durchschnitt, stimmen der Aussage zu, die Verbrechen des NS würden in der Geschichtsschreibung übertrieben. Dies ist immer noch eine hohe Zustimmung, allerdings 12 Prozentpunkte geringer als 2016 (29 Prozent).

g) Verhältnis Bürger und Staat

Auch wenn 64 Prozent der Befragten mit Behörden insgesamt eher gute Erfahrungen gemacht haben, ist die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass es für die „kleinen Leute“ schwierig ist, „ihre Rechte gegenüber den Behörden durchzusetzen“ (70 Prozent). Mehr als die Hälfte der Befragten (57 Prozent) ist der Meinung, dass Behörden „kleine Leute nicht korrekt über ihre Rechte informieren“.

Es ist höchst problematisch, dass sich 44 Prozent der Befragten von den Behörden nicht korrekt über ihre Rechte informiert fühlen und es 35 Prozent schwierig erscheint, die eigenen Rechte gegenüber Behörden durchzusetzen.

Ein hoher Anteil der Befragten sieht die demokratisch verbrieften Rechte der Gleichbehandlung nicht realisiert.

Der Zusammenhang zur Zufriedenheit mit der Demokratie ist deutlich: Diejenigen mit einem sehr niedrigen Grad an Demokratiezufriedenheit stimmen diesen Aussagen deutlich mehr zu als die Personen mit hoher Demokratiezufriedenheit.

Demokratiezufriedenheit ist davon abhängig, ob ein Mensch seine Rechte gewahrt sieht oder nicht. Hier ist eine klare soziale Spaltung sichtbar: Besonders stark stimmen der Aussage „Für mich persönlich ist es schwierig, meine Rechte gegenüber Behörden durchzusetzen“ (durchschnittliche Zustimmung: 35 Prozent) folgende Teilgruppen zu: Befragte aus der „Unterschicht“ (48 Prozent), aus der unteren Mittelschicht (42 Prozent), Sachsen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss (45 Prozent), sowie - nicht überraschend - Arbeitslose (60 Prozent) und Alleinerziehende (64 Prozent). Befragte mit Hochschulabschluss (19 Prozent), Berufstätige (32 Prozent) und Angehörige der mittleren Mittelschicht (30 Prozent) sagen dies sehr viel seltener.

Weiter zeigt sich, dass die Gruppen, die in besonderem Maße ihre Rechte als nicht durchsetzbar ansehen, deutlich häufiger als andere Bevölkerungsgruppen sagen: „Ich würde nichts tun, da ich gegen die Behörden ohnehin keine Chance hätte.“

Auf die Frage, man hätte „den Eindruck, von den Behörden ungerecht behandelt“ zu werden, würde man sich „an die zuständige Verwaltungsbehörde wenden“, sagen „auf jeden Fall“ 42 Prozent der Befragten mit Hochschulabschluss, aber nur 27 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss. 14 Prozent der ersten Gruppe sagen „Ich würde nichts tun, da ich gegen die Behörden ohnehin keine Chance hätte, aber 25 Prozent in der zweiten Gruppe. Unter denen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sagen dies sogar 31 Prozent.

Hier zeigt sich, dass Ungerechtigkeit und Machtlosigkeit Erfahrungen sind, die die Zufriedenheit mit der demokratischen Ordnung stark beeinflussen und deren Legitimität in Frage stellen.